

„Das Bildungsland BaWü: Mehr Schein als Sein“ – Zeit für einen grundlegenden Wandel im baden- württembergischen Bildungssystem



Für die **LandesAstenKonferenz (LAK)** Baden-Württemberg ist es von großer Bedeutung, dass mit einem breiten Bündnis Position gegen die derzeitige Bildungspolitik bezogen wird. Gerade jetzt vor der Landtagswahl kommt es darauf an, dass wir gemeinsam deutlich machen, wohin es mit der Bildung in Baden-Württemberg gehen soll. Mit dem Positionspapier „Bildung in den Mittelpunkt“ setzen nun alle zentralen Vertretungsgremien des Bildungsbereichs ein deutliches Zeichen für kostenfreie Bildung, tatsächliche Chancengleichheit, individuelle Gestaltungsmöglichkeiten, sowie eine Stärkung von Förderung und Mitbestimmung. **Bildung muss die Entfaltung der eigenen Persönlichkeit ermöglichen.** Sie verdient ihren Namen nicht, wenn in ihrem Rahmen der Mensch vom Kindergarten an zu einem mit Wissen vollzustopfenden Nutzenobjekt gemacht wird.

Als Studierende bringen wir eigene Forderungen mit und setzen uns **zugleich für weitreichende Veränderungen in allen anderen Bildungsbereichen** ein. Gerade in Baden-Württemberg drängt sich der Blick über den „universitären Tellerrand“ hinaus auf. Im Schulsystem unseres Bundeslandes bestimmt die soziale Herkunft die Bildungschancen. Mit dem mehrgliedrigen Schulsystem werden Schüler/innen gnadenlos aussortiert. Angesichts dieser Zustände ist es nicht verwunderlich, dass viele Studierendenvertretungen sich im Rahmen des Bildungsstreiks BaWü für eine Abschaffung des mehrgliedrigen Schulsystems und die Einführung einer mindestens 10-jährigen Gemeinschaftsschule stark machen. Auch stehen wir nicht allein für die Abschaffung der Studiengebühren ein. Bildung darf generell nicht zu einer Ware gemacht werden. So setzen wir uns selbstverständlich auch dafür ein, dass Kita-Gebühren abgeschafft werden.

Die Einführung von Gebühren ist nicht das einzige Anzeichen einer **schleichenden Ökonomisierung** unseres Bildungswesens. Insbesondere im Hochschulbereich wurde die Verwirklichung von „unternehmerischen Hochschulen“ durch die Landesregierung massiv forciert. Die durch die „Solidarpakte“ **strukturell unterfinanzierten Hochschulen** sind nicht nur von Drittmitteln abhängig. Durch Innovationsfonds und die Exzellenz-Initiative werden sie außerdem in einen destruktiven Wettbewerb getrieben. Das Ideal von breit aufgestellter und ausreichend finanzierter Lehre und Forschung bleibt dabei endgültig auf der Strecke. Wohin dieser **Exzellenz-Wahn** selbst die als „Elite“ bezeichneten Hochschulen führt, offenbart derzeit das Karlsruher Institut für Technologie in entlarvender Weise: Ein Haushaltsloch von 14 Millionen Euro tut sich auf. Als ob die schleichende Mittelkürzung um 30 % bis 2014 durch die Solidarpakte nicht schon genug sei, bedroht nun auch noch der Wettbewerb um reputationsträchtige Forschung die Lehre an den Hochschulen. Weitere Einschnitte werden zu den bereits bestehenden Einstellungssperren hinzukommen.

Ein weiteres Ergebnis der Ökonomisierung ist die Einführung der mit Externen besetzten Hochschulräte. Die massive Minderheitenposition oder teils Abwesenheit von Studierenden in diesem Gremium ist symptomatisch für die **prekäre Lage studentischer Mitbestimmung** an den baden-württembergischen Hochschulen. Studierende werden in den universitären Gremien meist nur angehört. Von Mitbestimmung sind wir dort weit entfernt. Unter diesen Umständen ist es nicht verwunderlich, dass eine völlig **verkorkste Studienreform** Wirklichkeit wurde und weiterhin Realität ist. An der Stunden- und Prüfungsdichte hat sich kaum etwas geändert. Es mangelt an ausreichend Masterplätzen. Welten liegen zwischen den heutigen Zuständen und der studentischen Forderung nach einem selbstbestimmten Studium.

Uns angemessen gegen diese verfehlte Bildungspolitik zur Wehr zu setzen, bleibt uns hier in Baden-Württemberg verwehrt. Seit 1977 sind die ASten im Land jeglicher politischer Handlungsfähigkeit beraubt. Doch wir brauchen starke Studierendenvertretungen, mit deren Ideen wir ein Bildungssystem entwickeln, das Entfaltung und Befähigung für alle ermöglicht. 2011 muss deshalb nicht nur das Jahr der **Abschaffung der Studiengebühren** sein, sondern auch das Jahr der **Einführung einer Verfassten Studierendenschaft mit politischem Mandat, sowie Finanz- und Satzungsautonomie.**

Für Nachfragen können Sie sich gerne an den heutigen Vertreter der LAK, David Koch, wenden. Er ist Mitglied im Vorstand des u-asta der Uni Freiburg und darüber hinaus aktiv im Bildungsstreik BaWü.

Handy: 0151-21740456

Mail: vorstand@u-asta.de